

BERLINER SONNE – DIE ENERGIE DER ZUKUNFT

1 **Die globale Klimakrise – so geht es nicht weiter**

2 Die Folgen des Klimawandels sind weltweit immer stärker spürbar. Wirbelstürme, Dür-
3 ren und Überschwemmungen nehmen in Häufigkeit oder Intensität zu. Der Meeresspie-
4 gel steigt. Fruchtbare Böden gehen verloren. Menschen müssen ihre Heimat verlassen.
5 Krisen und Konflikte werden verstärkt. Besonders trifft es die ärmsten Menschen im glo-
6 balen Süden. Doch auch in Berlin spüren wir erste Auswirkungen des Klimawandels: Der
7 letzte Sommer war einer der heißesten Sommer, die wir je hatten mit einer Dürreperio-
8 de, die Menschen, Tieren und Pflanzen in der Stadt zu schaffen gemacht hat. Dazwi-
9 schen haben wir zunehmend mit Starkregenereignissen zu kämpfen, die unsere Abwas-
10 sersysteme immer wieder vor neuen Herausforderungen stellen. Trotzdem gehören Win-
11 ter mit strengem Frost noch lange nicht der Vergangenheit an. Wir müssen uns darauf
12 einstellen, dass wir solche Extremwetterlagen immer häufiger erleben werden. Spätes-
13 tens jetzt muss allen klar sein: Wir müssen dringend umsteuern, wenn wir noch eine
14 Chance haben wollen, den Klimawandel zu bremsen. Dafür müssen wir radikal umden-
15 ken.

16 Um zumindest eine Chance zu haben, den menschengemachten Klimawandel auf 1,5°
17 Celsius zu begrenzen, so wie es im Pariser Klimaabkommen vereinbart wurde, müssen
18 wir radikal dekarbonisieren – ab sofort muss der CO₂-Ausstoss jedes Jahr um 18% sin-
19 ken [Q: Rahmsdorf/PIK]. Berlin spielt dabei als urbanes Zentrum eine besondere Rolle:
20 Hier wird mehr Energie verbraucht als produziert und auf einem Fleck eine überpropor-
21 tional hohe Menge an CO₂ ausgestoßen. Das müssen, das können – und das wollen wir
22 ändern! Denn Berlin nimmt seine globale Verantwortung ernst. Unser Anspruch ist es,
23 zu zeigen, dass eine Millionenstadt so schnell den Umstieg von Kohle, Öl und Gas auf
24 100% Erneuerbare Energien schaffen kann, wie es das Pariser Abkommen erfordert.
25 Denn auch global liegt in den großen Städten ein Schlüssel für den Klimaschutz.

26 Umwelttechnologien entwickeln sich weiter: Ob Rucksack mit Solarzelle, (mobile) Solar-
27 Klima-Anlagen, Solar-Energie-Kioske oder Solar-Kühlschränke, Speicher und Messtech-

28 nik: Es eröffnen sich neue Einsatzmöglichkeiten, direkt bei den Verbraucher*innen und
29 zum Ausgleich von Erzeugung und Verbrauch. Berlin ist bereits Vorreiter in der Entwick-
30 lung und Anwendung von "CleanTechs", die zur Ressourcen-Schonung beitragen und die
31 Energieerzeugung, -übertragung und -speicherung zunehmend effizienter und nachhal-
32 tiger machen. Dementsprechend ist dieser Wirtschaftszweig weiter zu stärken.

33 **#FridaysForFuture: Dieser Rückenwind macht uns Dampf!**

34 Wöchentlich gehen mit Fridays For Future allein in Berlin zehntausende streikenden
35 Schüler*innen auf die Straße. Diese Bewegung will nicht länger Versprechungen und
36 Langfristziele, sondern radikalem Klimaschutz. Denn es geht um ihre Zukunft, die aktu-
37 ell von der Großen Koalition im Bund verzockt wird. Mit dem aktuellen Wirtschaftssys-
38 tem lebt unsere Gesellschaft noch immer auf Pump. „System Change not Climate Chan-
39 ge“ ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen und das sollte uns allen zu
40 denken geben.

41 Obwohl sich die Forderungen der Jugendlichen an dem orientiert, was der breite Kon-
42 sens der Klimawissenschaft als unbedingt nötig erachtet, sind ihre Forderungen radikal
43 angesichts dessen, was aktuelle in der Politik möglich scheint. Wir brauchen mehr Aus-
44 tausch darüber, was nötig ist und offene Debatten über die Zielkonflikte. Und wir brau-
45 chen den Mut, auch kurzfristig einschneidende Maßnahmen anzugehen. In Europa, im
46 Bund und auch bei uns in Berlin.

47 Denn auch Berlin muss beim Klimaschutz das Tempo erhöhen, wenn es seinen Zielpfad
48 auf dem Weg zu einer Dekarbonisierung bis 2050 einhalten will. Das heißt vor allem,
49 selbst mit gutem Beispiel voranzugehen. Die eigene Verwaltung muss möglichst rasch
50 CO₂-neutral werden – sowohl die Landesverwaltung als auch die Bezirke. Dafür braucht
51 es als ersten Schritt in allen Bezirken Klimaschutzbeauftragte und ein eigenes Produkt
52 in der bezirklichen Kosten-Leistungs-Rechnung sowie mehr Geld zur Umsetzung von
53 Klimaschutz- und Energieeinsparmaßnahmen.

54 Wir wollen Vorbild sein! Die grüne Abgeordnetenfraktion soll sich deshalb für ein kli-
55 maneutrales Abgeordnetenhaus einsetzen. Das beinhaltet auch auf unnötigen Flugrei-
56 sen zu verzichten, den Papier- und Plastikverbrauch im Haus weiter zu reduzieren und
57 mit Energie und Wasser im Abgeordnetenhaus endlich effizient umzugehen.

58 Doch trotz des Engagements vieler Schüler*innen müssen die fundamentalen Fragen
59 der Klimakrise und Klimaschutz stärker in der Schule Beachtung finden. Hierzu soll bei

60 der zuständigen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die Stelle einer*s
61 Klima- und Umweltschutzbeauftragten eingerichtet werden, welche die Schulen sach-
62 lich und fachlich dabei unterstützt, die Themen Umwelt- und Klimaschutz sowie BNE in
63 den Unterricht zu integrieren. Das Engagement junger Menschen für mehr Klimaschutz
64 begrüßen wir dabei explizit und empfehlen allen Berliner Schulleitungen, gemeinsame
65 Exkursionen und Projektstage mit klimapolitischem Schwerpunkt zu unternehmen.

66 **Raus aus der Kohle – rein in die Erneuerbaren!**

67 Die Empfehlung der Kohlekommission, bis 2038 aus der Kohleenergie auszusteigen,
68 halten wir angesichts der Klimakatastrophe für viel zu unambitioniert und fahrlässig.
69 Wir wissen, dass wir innerhalb von gut zwei Jahrzehnten in Deutschland aus allen fossi-
70 len Brennstoffen – Kohle, Öl und Gas – ausgestiegen sein müssen. Die CO₂-Emissionen
71 müssen auf netto Null sinken. Die Zukunft ist 100% erneuerbar. Deshalb muss der Koh-
72 leausstieg sehr viel schneller erfolgen. Die Bundesregierung muss hier nachbessern. Wir
73 sind es den kommenden Generationen schuldig, alles in unserer Macht Stehende zu tun,
74 um diesen Planeten zu schützen.

75 Seit Bündnis 90/Die Grünen in Berlin mitregieren, konnten wir schon eine Menge in Sa-
76 chen Klimaschutz und Energiewende bewegen. Als erstes Bundesland haben wir bereits
77 2017 den Kohleausstieg gesetzlich verankert. Im gleichen Jahr wurde das letzte Braun-
78 kohlekraftwerk stillgelegt. Wir sparen so jährlich rund 600.000 Tonnen CO₂ ein. Und
79 schon nächstes Jahr geht mit Reuter C das nächste Kohlekraftwerk vom Netz. Ersetzt
80 wird dies durch Europas größte Power-to-Heat Anlage, die mit Erneuerbaren Energien
81 betrieben wird. Aber es muss noch schneller gehen, denn die Zeit drängt. Spätestens
82 2030, besser früher, muss das letzte Kraftwerk abgeschaltet sein – deutschlandweit,
83 aber natürlich auch in Berlin. Wir verfolgen weiterhin eine nachhaltige Divestment-Strat-
84 egie. Berlin hat mit dem Aktienindex der Solactive AG ein Vorbild entwickelt, das
85 längst auf andere Bundesländer ausstrahlt. Für uns ist eine öffentliche Investitionspoli-
86 tik auf nachhaltiger Basis zentral und der Senat soll auch private Unternehmen und Ver-
87 sorgungswerke für ethisches und fossiles Divestment werben. Solche mutigen aber
88 machbaren Schritte erwarten wir auch von der Bundesregierung.

89 Berlin ist bislang das einzige deutsche Bundesland, das die Bedingungen für eine Mit-
90 gliedschaft in der internationalen Allianz der Kohleausstiegsländer und -regionen er-
91 füllt. Die Allianz orientiert sich am Pariser Klimaabkommen und der Klimawissenschaft
92 und verlangt daher einen verbindlich geregelten Kohleausstieg bis 2030 in allen Indust-

93 rieländern. Wir werden dafür sorgen, dass Berlin Mitglied in der Powering Past Coal Al-
94 liance wird, um damit sowohl international als auch in Deutschland ein starkes Zeichen
95 zu setzen.

96 Gleichzeitig hat der Ausbau der Erneuerbaren Energien für uns höchste Priorität. Als
97 Stadtstaat hat Berlin dabei andere Voraussetzungen als ein Flächenland – wir wollen
98 vor allem die vorhandenen Potenziale endlich nutzen und legen ein besonderes Augen-
99 merk auf den Ausbau der Solarenergie. Dieser Ausbau ist die wichtigste Aufgabe der
100 Berliner Stadtwerke, die wir vom Bonsai-Stadtwerk zu einem ernstzunehmenden Player
101 im Energiesektor weiterentwickelt haben. Damit machen wir uns unabhängig von Vat-
102 tenfall und Co. Denn Energie ist in unseren Augen keine Ware, mit der man einen mög-
103 lichst hohen Gewinn erzielen darf, sondern gehört zur Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass
104 alle Menschen sich Ökostrom leisten können. Wer in Berlin kommunal Ökostrom bezie-
105 hen will, wechselt zu den Stadtwerken. Dabei setzen die Berliner Stadtwerke auch auf
106 sogenannten „Mieterstrom“ und machen Berlin somit deutschlandweit zur Spitzenreite-
107 rin dieses Modells der Energiewende. Gemeinsam mit den landeseigenen Wohnungs-
108 baugesellschaften haben sie die Mieterstromplattform gegründet, um noch mehr Pro-
109 jekte umzusetzen. Mit einer dieser Wohnungsbauengesellschaften entsteht gerade Euro-
110 pas größte Mieterstromanlage. So können auch die Mieter*innen von der preiswerten
111 Öko-Energie auf dem „eigenen“ Dach profitieren. Leider hat die Bundesregierung erneut
112 die Rahmenbedingungen für Mieterstromprojekte verschlechtert. Das Land Berlin hat
113 deshalb eine Bundesratsinitiative zur Anpassung des Mieterstromgesetzes eingebracht,
114 denn dieses wichtige Instrument für die Energiewende in Städten muss vielmehr beför-
115 dert anstatt ausgebremst werden. Die Bundesregierung hingegen hat mit ihrem Ener-
116 giesammelgesetz wieder einmal bewiesen, dass ihr Vision und Weitblick beim Ausbau
117 der Erneuerbaren vollständig fehlen. Alle wichtigen Entscheidungen, wie zum Beispiel
118 die langfristige Sicherung der Ausbaupfade für Solar- und Windenergie, wurden vertagt.
119 So gefährdet die Bundesregierung unsere Zukunft fahrlässig und nimmt – neben massi-
120 ven finanziellen Schäden – bewusst Klima-Kriege, -Flucht und andere Katastrophen in
121 Kauf!

122 Mit dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK 2030) haben wir einen ambi-
123 tionierten Plan vorgelegt, um Berlin zur klimaneutralen Stadt zu entwickeln. Ein
124 Schwerpunkt liegt für uns in Berlin auf dem Ausbau der Solarenergie. Berlin hat ein
125 Photovoltaikpotential von mindestens 4 Gigawatt – genug um 25% Prozent der hier
126 verbrauchten Energie quer über alle Sektoren (Strom, Wärme und Verkehr) bereitzustel-
127 len. Mit modernen und intelligenten Lösungen wie zum Beispiel gebäudeintegrierter

128 Photovoltaik sowie vielen weiteren Anstrengungen sind bis zu 12 Gigawatt machbar.
129 Intelligent gekoppelt mit anderen erneuerbaren Quellen wie Geothermie und Wind-
130 energie aus der näheren Umgebung haben wir genug Potenzial, um den Großteil der
131 hier verbrauchten Energie auch hier zu erzeugen.

132 Unser Ziel ist es, möglichst viel von diesem Potenzial möglichst schnell zu nutzen. Ein
133 wichtiger Baustein hierfür ist der Masterplan Solar City, mit dem noch im ersten Halb-
134 jahr 2019 kurz-, mittel- und langfristige Ziele zum Ausbau der solaren Energieversor-
135 gung in Berlin konkretisiert und die Umsetzung geeigneter Maßnahmen geplant werden
136 sollen, um den Solarausbau deutlich zu beschleunigen und das Potential möglichst zü-
137 gig voll auszuschöpfen.

138 Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren auf das von den Pariser Klimazielen, insbe-
139 sondere der Begrenzung der globalen Erderwärmung auf 1,5°C, vorgegebene Tempo
140 beschleunigen. Anlagen fallen aber nicht vom Himmel. Damit sich in Berlin überhaupt
141 ein Netz aus Handwerksbetrieben, Unternehmen und anderen Umsetzer*innen bilden
142 kann, braucht es Planungssicherheit – und einen gleichermaßen ambitionierten und
143 machbaren Ausbaupfad. Wir fordern ambitionierte politische Ausbauziele und eine deut-
144 liche Beschleunigung des Solarausbaus auf Basis des Berliner Energie- und Klima-
145 schutzprogramms sowie des derzeit erarbeiteten Masterplans Solar City. Dabei sind die
146 wissenschaftlichen Untersuchungen zum Potential der Solarenergie in Berlin zu berück-
147 sichtigen und eine zügige Ausnutzung möglichst aller Dachflächen zu ermöglichen bis
148 das Photovoltaik-Potenzial von Berlin erreicht ist. Der Masterplan Solar City, der derzeit
149 von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe erarbeitet wird, soll kon-
150 krete Ausbauziele und einen Zeitplan zur Erreichung des Photovoltaik-Potenzials nen-
151 nen. Klar ist aber auch: Mit dem Klima lässt sich nicht verhandeln. Deshalb muss bis
152 2025 mindestens ein Drittel des Potentials ausgeschöpft sein.

153 Die große Koalition auf Bundesebene behindert an vielen Stellen den Ausbau der Pho-
154 tovoltaik. Wir können aber nicht auf andere politische Mehrheiten im Bund warten. Wir
155 müssen jetzt handeln. Deshalb werden wir alles politisch Mögliche tun, um den oben
156 skizzierten Ausbau auch umzusetzen. Das umfasst den Abbau bürokratischer Hemmnisse,
157 eine einheitliche Planung – und vieles mehr. Grundsätzlich muss gelten: Vorfahrt für
158 saubere Energie. Zudem sollte Berlin seine Spielräume maximal ausnutzen. Wir schla-
159 gen dazu die Einrichtung einer „Solar Task Force“ als Koordinierungsstelle zur Umset-
160 zung vor.

161 Das Potential von Solar-Energie und dezentraler Versorgung zeigt sich auch im "Schutz
162 der Kritischen Infrastruktur": Wir wollen, dass Solar-Energie-Anwendungen Berli-
163 ner*innen mehr Sicherheit und Nachhaltigkeit bei besserer Lebensqualität bieten kön-
164 nen, besonders in Ergänzung mit anderen "autarken Energie-Systemen" oder als "virtu-
165 elles Kraftwerk". Deshalb wollen wir entsprechende Forschungsansätze und Pilotprojek-
166 te unterstützen.

167 Und weil für uns Energiewende immer auch Bürger*innen-Energiewende heißt, freuen
168 wir uns, dass die Deutsche Gesellschaft für Solarenergie mit der Unterstützung der Se-
169 natsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe ein Beratungszentrum für Solar-
170 energie in Berlin aufbaut. Hier sollen sich alle Bürger*-innen über die Möglichkeiten
171 von Solarenergie informieren können. Das Solarzentrum wird aber auch aktiv auf die
172 Menschen und Unternehmen in der Stadt zugehen, um sie für die Solarenergie zu ge-
173 winnen. Dabei spielen für uns einzelne Bürger*innen genauso eine Rolle wie Baugrup-
174 pen, Genossenschaften, andere Hauseigentümer*innen oder Investor*innen. Aber auch
175 Wirtschaft, Handel und Gewerbe wollen wir gezielt ansprechen, zum Beispiel mit inte-
176 grierten Energie- und Klimaschutzkonzepten in Gewerbegebieten – denn nur gemein-
177 sam kann die Energiewende in Berlin gelingen. Gleichzeitig sind wir uns der Vorbildwir-
178 kung der öffentlichen Hand bewusst und werden hier verstärkt auf Solarenergie setzen.
179 Nicht zuletzt wollen wir die Forschung zu Erneuerbaren an Universitäten und einschlä-
180 gigen Instituten noch stärker fördern.

181 Wir gestalten deshalb die Energiewende zusammen mit Initiativen, Interessenverbän-
182 den und der Stadtgesellschaft. Egal ob bei der Machbarkeitsstudie zum Kohleausstieg,
183 dem Klimaschutzrat, der von außen den BEK Prozess begleitet, oder dem Wirtschafts-
184 dialog Energie, eins ist klar: Um die Energiewende in Berlin erfolgreich umsetzen, brau-
185 chen wir alle Akteur*innen mit an Bord.

186 **Stromwende ist noch keine Energiewende**

187 Wenn Berlin komplett mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden soll, dann
188 gelingt das nur, wenn wir gleichzeitig auch Wärme und Verkehr dekarbonisieren – und
189 dabei die Sektoren intelligent koppeln. Denn gerade die urbane Energiewende gelingt
190 nur quer über alle Sektoren.

191 So bedeutet eine komplette Energiewende auch die Wende im Bereich der Wärmever-
192 sorgung. Mit der Machbarkeitsstudie zum Kohleausstieg prüfen wir, wie schnell Kohle
193 auch als Wärmequelle im Fernwärmenetz ersetzt werden kann. Dabei wollen wir den

194 größtmöglichen Anteil an Erneuerbaren haben. Das ist eine große Herausforderung –
195 doch wir stellen uns ihr!

196 Fossiles Gas kann für uns lediglich für einen sehr begrenzten Übergangszeitraum die
197 Nutzung erneuerbarer Wärme ergänzen. Fracking-Gas, das bei seiner Förderung zu mas-
198 siven Umweltschäden führt, ist für uns dabei keine Alternative zur Kohle. Den Import für
199 die Berliner Fernwärme lehnen wir kategorisch ab. Auch jenseits des Fernwärmenetzes
200 wollen wir auf erneuerbare Wärme setzen. Entsprechend der Maßnahme im BEK sollen
201 integrierte Quartierskonzepte für Bestand und Neubau initiiert, entwickelt und umge-
202 setzt werden.

203 Hauseigentümer*innen benötigen in der Regel Hilfestellung bei der Auswahl und Pla-
204 nung erneuerbarer Heizungsanlagen. Das im BEK vorgesehene Bauinformationszentrum
205 muss deshalb schnellstmöglich realisiert und zum Dienstleister für erneuerbare Wärme-
206 technik entwickelt werden. Dem erfolgreichen Beispiel Baden-Württembergs folgend
207 wollen wir beim Austausch von Heizungsanlagen einen Mindestanteil erneuerbarer
208 Wärme vorschreiben.

209 Bei der Sektorenkopplung kommt uns die Sondersituation Berlins zugute; sie stellt sich
210 wesentlich einfacher dar als im ländlichen Raum. Gebäude, Stadtentwicklung, Wirt-
211 schaft, Verkehr und private Haushalte mit ihren diversen Energiebedarfen denken wir
212 zusammen. Wir wollen mit einem schlaun Mix erneuerbarer Energien die verschiede-
213 nen Bedarfe für Strom, Wärme und Verkehr decken. Solar spielt dabei die wichtigste
214 Rolle, aber auch die Entwicklung der Windenergie dürfen wir nicht aus den Augen ver-
215 lieren. Genauso wichtig sind aber auch die Entwicklung der Geothermie sowie die Nut-
216 zung von Abwärme und der in Berlin anfallenden Biomasse – auch hier müssen wir Po-
217 tenziale besser ausschöpfen.

218 Neue technische Möglichkeiten, um Erzeugung und Verbrauch intelligent in Einklang zu
219 bringen wollen wir mitdenken – also zum Beispiel Batterien, Autos oder Wärmespeicher
220 zu füllen, wenn sonst kaum Energie benötigt wird. Dass dabei der Datenschutz gewähr-
221 leistet sein muss, ist für uns Bündnisgrüne eine Selbstverständlichkeit.

222 **Was ist zu tun?**

223 In Berlin wollen wir konkret dafür sorgen, dass Solarenergie auf jedes Dach – und so-
224 bald möglich, auch an jede Fassade – kommt. Dabei stehen Dachbegrünung und Photo-
225 voltaik nicht in Widerspruch; wir wollen dafür sorgen, dass diese beiden Maßnahmen

226 sinnvoll kombiniert werden. Bei Neubauten wollen wir das gesetzlich verbindlich regeln
227 und für Bestandsbauten soll dies im Rahmen von z.B. Umbauten oder Sanierungen als
228 nicht-umlagefähige Maßnahme vorgeschrieben werden. Hierfür wollen wir im Zuge der
229 Novellierung der Berliner Bauordnung oder des im Koalitionsvertrag vereinbarten Ener-
230 giewendegesetzes erste Schritte gehen.

231 Egal ob Kalifornien oder Tübingen: Solar wird zum Standard. Dies muss bei der Baupla-
232 nung bereits mitgedacht werden – zum Beispiel bei Gebäudeausrichtung und Statik.
233 Das schließt eine Dach- oder Fassadenbegrünung nicht aus – wir begrüßen es, wenn
234 beides kombiniert wird.

235 Um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von Solarenergie auf Landesebene zu
236 verbessern, wollen wir Förderinstrumente prüfen, etwa zinsgünstige Darlehen oder Zu-
237 schüsse für Solaranlagen und -speicher sowie die ergänzende Förderung von Mieter-
238 strom und Unterstützung von Solar-Contracting.

239 Gleichzeitig müssen wir an den Gebäudebestand ran. Nur wenn wir die bestehenden
240 Gebäude in Berlin nach und nach mit Solaranlagen ausstatten, können wir den Energie-
241 bedarf decken. Gleichzeitig ist Solarenergie nicht nur sauber, sie ist auch billig. Daher
242 ist es eigentlich selbstverständlich, dass eine Solar-Pflicht weder bei Neubau noch bei
243 Nachrüstungen im Bestand zu einer Belastung für Mieter*innen führen darf. Ökologie
244 und Gerechtigkeit müssen wir auch weiterhin zusammen denken und werden es nicht
245 zulassen, dass Klimaschutz und Mieterschutz gegeneinander ausgespielt werden. Wir
246 wollen CO₂-freies Heizen und Kühlen voranbringen und gleichzeitig den Mieterschutz
247 stärken – es darf nicht passieren, dass Menschen sich aufgrund einer energetischen Sa-
248 nierung ihre Wohnung nicht mehr leisten können! Ein Klimawohngehalt wie im Bericht
249 der Enquetekommission „Neue Energie für Berlin“ empfohlen, kann hier ein geeignetes
250 Modell sein. Auf Landesebene unterstützen wir die Einführung eines Klimabonus, der es
251 auch ALG II-Bezieher*innen ermöglichen soll, in energetisch sanierten Wohnungen zu
252 wohnen. Zudem wollen wir eine Clearingstelle schaffen, die Mieter*innen bei der Ein-
253 schätzung hilft ob eine angekündigte energetische Sanierung auch tatsächlich Energie
254 einspart und sie im Streitfall auch juristisch berät.

255 Insbesondere bei den landeseigenen Gebäuden wollen wir voran gehen. Anders als die
256 Bundesregierung, die mit dem Gebäudeenergiegesetz ausgerechnet die öffentliche
257 Hand vom KfW-Standard ausnimmt, sind wir uns der Vorbildfunktion der Gebäude in
258 öffentlicher Hand bewusst. Wir müssen aber auch anerkennen, dass die öffentliche

259 Hand ihrer Vorbildfunktion noch nicht gerecht wird. Für Bezirke, landeseigene Unter-
260 nehmen und die Verwaltung insgesamt ist der Solarausbau weiterhin noch keine Selbst-
261 verständlichkeit – das wollen wir ändern! Das Schulneubau- und Sanierungsprogramm
262 ist eines der größten Bauvorhaben des Landes Berlin. Wir wollen, dass Solaranlagen
263 dabei zur Pflicht werden und keine neugebaute Schule ohne Solaranlage errichtet wird.
264 Das schützt nicht nur das Klima, sondern kann bei entsprechender Einbettung in den
265 Unterricht oder außerunterrichtliche Aktivitäten einen wichtigen Beitrag zur Umweltbil-
266 dung leisten. Damit wird der Klimaschutzgedanke bereits in der Schule transportiert.
267 Auf allen neuen und sanierten Schulen wollen wir – sofern keine intensive Dachbegrü-
268 nung oder soziale Nutzung geplant wird – eine Kombination aus Solar und extensiver
269 Begrünung.

270 Aber auch über neue und außergewöhnliche Ideen wollen wir nachdenken. Ein mit So-
271 larzellen überdachter Radweg oder Solarbrücken wie die Kennedybrücke in Bonn könn-
272 ten auch in Berlin Sinn machen.

273 Für eine erfolgreiche Energiewende bilden unsere europapolitischen Forderungen nach
274 einer stärkeren Beachtung der Menschenrechtssituation in den Herkunftsländern der
275 Rohstoffe in der EU-Außenhandelspolitik, nach transparenten Lieferketten und nach
276 einer Förderung der Recycling- und Ressourceneffizienz innerhalb der Europäischen
277 Union einen wichtigen Rahmen. In Berlin wollen wir ergänzend die Forschungseinrich-
278 tungen stärken, die sich mit diesen Aspekten der Energiewende beschäftigen. Außerdem
279 wollen wir weiterhin verstärkt Mittel in die Erforschung von energieeffizienten und -
280 suffizienten Lösungen – auch im Bereich der Digitalisierung – investieren. Es reicht
281 nicht mehr, die Energiewende nur als rein technologische Frage zu betrachten. Um die
282 sozialen und ökologischen Verwerfungen, die mit dem Ressourcenabbau einhergehen
283 einzudämmen, ist es auch notwendig den Energiebedarf langfristig zu senken. Das be-
284 deutet, dass wir neben einer Transformation der Produktionsprozesse auch immer die
285 Veränderung der Konsummuster der Stadt- und Umlandbevölkerung im Auge behalten
286 und durch gezielte politische Maßnahmen unterstützen müssen.

287 Doch um die Energiewende zum Erfolg zu führen, müssen wir nicht nur in Berlin, son-
288 dern auch auf Bundesebene ansetzen: Die gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmen-
289 bedingungen müssen endlich so angepasst werden, dass sie die Energiewende nicht
290 mehr behindern, sondern befördern. Dazu müssen auch die entsprechenden Förderin-
291 strumente wie zum Beispiel im Bereich der energetischen Gebäudesanierung gestärkt
292 und CO₂ entsprechend der Belastung, die es für das Klima darstellt, bepreist werden. Wir

293 streiten für ein gerechtes und effizientes System der Abgaben und Umlagen im Ener-
294 giebereich, wobei die Reformen grundsätzlich so ausgestaltet werden sollten, dass die
295 Verbraucher*innen in ihrer Gesamtheit nicht höher belastet werden und die soziale Ver-
296 träglichkeit gewahrt wird.

297 **Dank Bündnisgrün tut sich endlich was**

298 In Sachen Energiewende und Klimaschutz versagt die Bundesregierung seit Jahren. Aber
299 auch das Land Berlin hat zu lange geschlafen. Mit Bündnis 90/Die Grünen in der Regie-
300 rung ändert sich das; zuerst in Berlin, aber dank Bundesratsinitiativen und Druck auf die
301 Regierung hoffentlich auch bald deutschlandweit. Nicht alles lässt sich von heute auf
302 morgen realisieren, aber die wichtigen Weichen haben wir in den vergangenen zwei
303 Jahren bereits gestellt und werden die nächsten Jahre weiter ehrgeizig daran arbeiten,
304 Berlin zur klimaneutralen Stadt zu machen.